

DGAPanalyse

Frankreich

Forschungsinstitut der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Dezember 2009 N° 9
ISSN 1865-701X

Zwei Wirtschaftssysteme in der Bewährungsprobe: Die deutsch-französische Debatte über die Wirtschaftskrise

von Christophe Blot und Stefan Kooths



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Die DGAPanalysen Frankreich erscheinen
im Rahmen des Deutsch-französischen Zukunftsdialogs
mit freundlicher Unterstützung der

Robert Bosch **Stiftung**

Herausgeber und Redaktion:
Claire Demesmay und Katrin Sold

Kontakt: Claire Demesmay <demesmay@dgap.org>

Herausgeber:

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.aussenpolitik.net
© 2009 DGAP

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Zusammenfassung / Summary

Christophe Blot und Stefan Kooths

Zwei Wirtschaftssysteme in der Bewährungsprobe: Die deutsch-französische Debatte über die Wirtschaftskrise

- Die importierte Rezession hat in Deutschland bis jetzt kaum Spuren in der Beschäftigungsentwicklung hinterlassen, jedoch deutliche Auswirkungen auf die gesamte Nachfrage und deren Wachstumsbeiträge gezeigt.
- In Frankreich haben der Vertrauensverlust der Haushalte und Unternehmen sowie erschwerte Bedingungen bei der Kreditaufnahme zur Rezession beigetragen und somit die Arbeitsmarktsituation stark verschlechtert.
- Beide Länder, die im Laufe der Krise von automatischen Stabilisatoren und Konjunkturprogrammen profitiert haben, sollten weiterhin beschäftigungssichernde Maßnahmen stärken, ohne den notwendigen Strukturwandel in der Wirtschaft zu behindern.
- Zudem sollten Berlin und Paris die Krise als Gelegenheit nutzen, die Debatte um Haushaltsregeln und Defizitwerte auf europäischer Ebene wieder neu zu beleben und Vorschläge für eine bessere Regulierung der Finanzmärkte zu formulieren.

Stress test for two economic systems: The German-French debate on the economic crisis

- Although the recession and the economic rebound proceeded simultaneously in Germany and in France, the economic crisis had different effects in both countries.
- In France, the loss of confidence of households and business as well as the tighter terms of loans have contributed to the recession—and exacerbated the situation on the labor market.
- Both countries, which had benefited in the course of the crisis from automatic stabilizers and economic stimulus plans, should further strengthen measures for the protection of employment without preventing the necessary structural changes in the economy.
- Furthermore, Berlin and Paris should use the crisis as an opportunity to reanimate the debate on budget norms and deficits on the European level and formulate proposals for a better regulation of the financial markets.

Inhalt

Deutschland in der importierten Rezession ¹	5
Ruhe vor dem Sturm am Arbeitsmarkt	6
Güternachfrage: Einbrechender Außenbeitrag, abstürzende Investitionen, stabilisierender Verbrauch	6
Frankreich bleibt das Schlimmste erspart ²	8
Zaghafte Binnennachfrage	8
Die weltweite Krise des Industriesektors	9
Die Arbeitsmarktsituation: Der Anpassungsprozess setzt sich fort	10
Ein zu zaghafte Konjunkturprogramm	10
Die Wirtschaftsmodelle im Vergleich	11
Das deutsche »Exportmodell«: Anlass für eine neue Wirtschaftspolitik nach der Krise?	11
Warum hält Frankreich der Krise besser stand?	13
Vor- und Nachteile der Modelle	14
Anhang: Abbildungen, Tabellen und Anmerkungen	15

Zwei Wirtschaftssysteme in der Bewährungsprobe: Die deutsch-französische Debatte über die Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen

von Christophe Blot und Stefan Kooths

Trotz der positiven Signale aus dem zweiten Quartal 2009 haben Deutschland und Frankreich die Krise bisher nicht überwinden können. Selbst wenn sich der für die kommenden Quartale zu erwartende Anstieg des Wachstums bestätigen sollte, wird er nicht ausreichen, um einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Jahren 2009 und 2010 zu verhindern. Auf das gesamte Jahr 2009 bezogen, betrüge die Rezession 5,1 Prozent in Deutschland und 2,1 Prozent in Frankreich, was den schlechtesten Ergebnissen seit der Nachkriegszeit entspräche. Obwohl die Rezession und die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Aktivitäten in beiden Ländern synchron verliefen, gab es Unterschiede im Ausmaß der Krise. Warum hat Deutschland (zusammen mit Japan) unter allen Industriestaaten den stärksten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu verzeichnen? Warum gehört hingegen Frankreich zu den Ländern, die am Wenigsten betroffen sind? Wie lässt sich erklären, dass die Zunahme der Arbeitslosigkeit bis zum heutigen Tag in Frankreich wesentlich gravierender ausfällt, obwohl in Deutschland der Wachstumseinbruch stärker ist?

Gewiss haben die deutschen Banken größere Einbußen (100 Milliarden Euro, was vier Prozent des BIP entspricht) als die französischen Banken (2,5 Prozent des BIP) erlitten. Dennoch sind sie die gleichen Risiken eingegangen. Außerdem haben die Regierungen beider Länder zur Eindämmung der Finanzkrise nach den gleichen Modalitäten interveniert, indem sie den Kreditinstituten Garantien anboten und Fonds schufen. Die Unterschiede müssten demzufolge vordergründig auf der makroökonomischen Ebene zu finden sein. Deutschland hat zwar ein größeres Konjunkturpaket als Frankreich geschnürt, hat aber unter dem Einbruch der Investitionen und der weltweiten Nachfrage gelit-

ten, weil es als Exportnation besonders stark von internationalen Konjunkturschwankungen abhängig ist. Obwohl in Frankreich mit der Abnahme der Investitionen und des Außenhandels die Folgen der Krise vergleichbar sind, ist es gelungen, die negativen Effekte der Krise wirkungsvoller abzuschwächen als in Deutschland.

Neben einer Analyse der von Deutschland und Frankreich eingesetzten Maßnahmen zur Wiederbelebung der Konjunktur stellt sich also die Frage, ob die beiden Länder angemessene Wachstumsstrategien verfolgen und ob diese gegebenenfalls verbesserungswürdig sind.

Deutschland in der importierten Rezession¹

Nach dem für die deutsche Nachkriegsgeschichte beispiellosen Absturz der ökonomischen Aktivität gibt es zur Jahresmitte 2009 erste Anzeichen einer Stabilisierung. Mehr als eine Zwischenerholung ist jedoch für den weiteren Jahresverlauf nicht zu erwarten (Abbildung 1). Aufgrund der bis zur Mitte des laufenden Jahres eingetretenen Produktionseinbußen ist insgesamt mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung im Gesamtjahr von etwa fünf Prozent zu rechnen (Tabelle 1). Die wichtigsten deutschen Exportmärkte dürften sich zunächst nur langsam erholen. Daher fällt auch die Wachstumsprognose für das kommende Jahr mit einer erwarteten Rate von knapp 1,5 Prozent sehr verhalten aus. Die deutsche Volkswirtschaft bleibt damit nicht nur bis zum Ende des hier betrachteten Prognosezeitraums, sondern auch darüber hinaus weit unter ihren Produktionsmöglichkeiten zurück – die Produktionslücke öffnet sich sogar noch weiter (Abbildung 2). Am Ende des nächsten

Jahres beträgt sie immer noch rund vier Prozent. Im Zuge des starken Investitionseinbruchs flacht auch der Potenzialverlauf ab. So liegen die Produktionsmöglichkeiten in fünf Jahren um schätzungsweise vier Prozent unter dem Niveau, das ohne die gegenwärtige Wirtschaftskrise erreichbar gewesen wäre.

Ruhe vor dem Sturm am Arbeitsmarkt

Bislang haben die dramatischen Produktionseinbrüche kaum Spuren in der Beschäftigungsentwicklung hinterlassen. Der Rückgang der arbeitstäglich bereinigten Wirtschaftsleistung von über sieben Prozent im zweiten Quartal 2009 gegenüber dem Vorjahreszeitraum wird von einem Beschäftigungsabbau von kaum mehr als einem halben Prozent begleitet. Diese scheinbare Entkoppelung wird so nicht Bestand haben. Die arbeitszeitverkürzenden Maßnahmen (massive Ausdehnung der Kurzarbeit, Abbau von Überstunden und Unterziehung von Arbeitszeitkonten) dürften nun weitgehend ausgeschöpft bzw. nicht länger rentabel sein. Zudem ist eine erhebliche Produktivitätsreserve aufgebaut worden, die sich im zweiten Quartal auf etwa fünf Prozentpunkte beläuft und die Unternehmen in Form kräftig gestiegener Lohnstückkosten belastet. Vor dem Hintergrund einer nur sehr moderaten Wiederbelebung der Produktionstätigkeit im Prognosezeitraum ist damit zu rechnen, dass die für kurzfristige Produktionseinbrüche sinnvollen Überbrückungsstrategien der Unternehmen nach und nach aufgegeben werden. In der Folge dürfte die Arbeitslosenquote im kommenden Jahr deutlich zunehmen (Abbildung 3). Die Beschäftigungsgewinne des vorangegangenen Aufschwungs wären damit allerdings noch nicht gänzlich aufgezehrt. Jahresdurchschnittlich steigt die Erwerbslosenzahl auf rund 4 Millionen. Sollte von der Möglichkeit der staatlich subventionierten Kurzarbeit länger bzw. in stärkerem Maße Gebrauch gemacht werden, als hier unterstellt ist, so könnte zwar die offen ausgewiesene Arbeitslosigkeit auch durchaus geringer ausfallen – an der Tatsache deutlich abgeschwächter Arbeitsnachfrage in Deutschland änderte dies indes nichts.

Güternachfrage: Einbrechender Außenbeitrag, abstürzende Investitionen, stabilisierender Verbrauch

Die Wucht, mit der Deutschland insbesondere vom weltwirtschaftlichen Wachstumseinbruch getroffen wird, zeigt sich in aller Deutlichkeit an der Entwicklung der gesamten Nachfrage und deren Wachstumsbeiträgen (Tabelle 2). Der mit Abstand wichtigste Rezessionstreiber in diesem Jahr ist der auf weniger als dreißig Prozent des Vorjahresniveaus zusammengeschrumpfte Außenhandelsüberschuss. Sein negativer Wachstumsbeitrag beträgt fast vier Prozentpunkte. Binnenwirtschaftlich drücken drastisch gekürzte Ausrüstungsinvestitionen die Wirtschaftsleistung um weitere zwei Prozentpunkte. Stabilisierend – aber kaum kompensierend – wirken hingegen die Verbrauchsausgaben, woran der Staat durch eigene Nachfrage und einkommensstützende Maßnahmen für die privaten Haushalte entscheidenden Anteil hat. Im nächsten Jahr wird sich der massive außenwirtschaftliche Nachfrageausfall zwar nicht fortsetzen, allerdings sind die Impulse im Gesamtjahr insgesamt noch viel zu schwach, um wieder deutlich mehr Leistung von der deutschen Wirtschaft abzurufen. Indes weist der unterjährige Verlauf auf eine allmähliche Belebung in der zweiten Jahreshälfte 2010 hin. Die hierdurch induzierten Wertschöpfungseffekte kommen jedoch zu spät, um das Gesamtjahresergebnis noch bedeutend zu prägen.

Außenhandel: Weltwirtschaftlicher Einbruch trifft Deutschland mit voller Wucht

Im ersten Quartal sackten die deutschen Exporte nach einem bereits extrem schlechten vierten Quartal 2008 mit einer Rate von 12,4 Prozent abermals massiv ab (Abbildung 4). Der gesamte Welthandel brach in dieser Zeit stärker ein als während der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren. Der Rückgang der deutschen Exporte in die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) – die den mit Abstand größten Teil der deutschen Ausfuhren aufnehmen – fiel dabei besonders stark aus. Eine kurzfristige Wiederbelebung der Konjunktur in den europäischen Partnerländern ist daher für eine schnelle Erholung der deutschen Exportwirtschaft unverzichtbar. Auf längere Frist gesehen bestehen aber auch in den neuen Wachstumsker-

nen der Weltwirtschaft (China, Indien) erhebliche Absatzmärkte. Allerdings ist das bislang erreichte Niveau derzeit noch zu niedrig, als dass selbst hohe Zuwachsraten im Handel mit diesen Volkswirtschaften die ausgefallene Nachfrage in Europa kompensieren könnten.

Zuletzt konnte sich der Welthandel auf niedrigem Niveau stabilisieren. Getrieben durch ein Wiederanziehen der weltwirtschaftlichen Produktion dürfte er ab Jahresmitte wieder wachsen und 2010 langsam weiter an Fahrt aufnehmen. Der deutsche Export wird voraussichtlich zeitverzögert auf diese Belebung reagieren, da die Investitionstätigkeit der Handelspartner nur zögerlich in Schwung kommt. Die aktuellen Auftrageingänge aus dem Ausland und dort insbesondere aus Europa deuten aber darauf hin, dass die Exporte zum Jahresende wieder einen positiven Wachstumsbeitrag leisten.

Aufgrund des vergleichsweise geringen Rückgangs der letzten inländischen Verwendung fallen die Einfuhren weniger deutlich aus als die Ausfuhren (Abbildung 5). Dies überkompensiert die Tatsache, dass Wirtschaftszweige mit stärkerer Exportorientierung tendenziell auch eine höhere Importquote aufweisen. In diesem Jahr dürften die deutschen Einfuhren daher mit 8,5 Prozent nur etwa halb so stark sinken wie die Ausfuhren. Für das kommende Jahr ist mit einem Wiederanstieg um knapp fünf Prozent zu rechnen.

Investitionen: Kapazitätsanpassung in Folge der Auslastungskrise

Während die Ausrüstungsinvestitionen zu Beginn des Abschwungs noch sehr verhalten reagierten, kam es im ersten Quartal 2009 zu einem Rückgang von über 16 Prozent (Abbildung 6). Die verzögerte Anpassung der Investitionstätigkeit war bedingt durch eine positive Gewinnsituation, eine immer noch hohe Kapazitätsauslastung und vermutlich auch die Befürchtung möglicher Lieferengpässe für Investitionsgüter, wie sie im letzten Aufschwung zu beobachten waren. Der unerwartet starke Einbruch der Kapazitätsauslastung in der deutschen Industrie während der Wintermonate spiegelt sich auch im Order-Capacity-Index der Deutschen Bundesbank deutlich wider. Der zuletzt angegebene Wert von -19,8 Prozent weist aus, dass im ersten Quartal rund

ein Fünftel weniger Aufträge vorlagen, als zur Auslastung der vorhandenen Kapazitäten notwendig gewesen wäre. Dies ist der niedrigste Stand seit dem Beginn der Aufzeichnung dieses Indikators im Jahr 1993.

Die Ifo-Geschäftserwartungen sind seit dem Frühjahr zwar nicht mehr so düster, per Saldo aber immer noch deutlich pessimistisch. Dementsprechend hat die Bestelltätigkeit zuletzt zwar wieder angezogen, der Vorjahresvergleich (Rückgang um mehr als zwanzig Prozent) macht jedoch deutlich, dass die Investitionskrise noch längst nicht ausgestanden ist. Bei zunächst verhaltenen Exportausichten und einer nur allmählichen Wachstumsbelebung im Inland ist nicht damit zu rechnen, dass im Prognosezeitraum die Investitionstätigkeit das Niveau des Jahres 2008 erreicht. Lediglich Ende 2010 dürften Vorzieheffekte aufgrund auslaufender degressiver Abschreibungsregelungen die Investitionstätigkeit vorübergehend befeuern.

Die Ausrüstungsinvestitionen sinken in diesem Jahr um mehr als zwanzig Prozent und werden im kommenden Jahr praktisch stagnieren. Für beide Jahre wird angenommen, dass es zu keiner umfassenden Kreditklemme kommt. Bislang liegen für Deutschland keine Anzeichen dafür vor, dass die Kreditvergabe der Banken – bedingt durch die Finanzkrise – in der derzeitigen Rezession restriktiver ausfällt als üblich. Aufgrund der überreichlichen Liquiditätsversorgung durch die Europäische Zentralbank (EZB) könnte der Geld- und Kreditschöpfungsmechanismus jederzeit einsetzen. Bremsend wirkt hingegen die angegriffene Eigenkapitaldecke des Bankensektors bei gleichzeitig höheren Kreditausfallwahrscheinlichkeiten im Realsektor. Sollten also zukünftig Finanzierungsschwierigkeiten zu einem bedeutenden Investitionshemmnis werden, so wäre am ehesten hier anzusetzen.

Anders als die düsteren Aussichten bei den Ausrüstungen zeigen die Bauinvestitionen ein differenzierteres Bild. Nach einem deutlichen Einbruch um die Jahreswende stiegen die Auftragseingänge beim Wohnungsbau zuletzt wieder an, verharren aber bislang auf einem niedrigen Niveau. Positive Impulse gehen vor allem im kommenden Jahr von staatlichen Anreizen zur energetischen Gebäude-

sanierung aus. Der Wirtschaftsbau ist durch den Abschwung weniger betroffen als die Ausrüstungsinvestitionen. Aufgrund des hohen Gewichts von Dienstleistungsunternehmen bei den Wirtschaftsbauten wird der Rückgang geringer ausfallen, da die Dienstleister von dem relativ stabilen Konsum profitieren. Er beträgt in beiden Jahren etwa zwei Prozent.

Die Entwicklung der öffentlichen Bauinvestitionen wird maßgeblich durch das zweite Konjunkturprogramm bestimmt, dessen Volumen die öffentlichen Investitionen zwei Jahre lang um etwa dreißig Prozent erhöht. Mit diesen Programmen geht die deutsche Finanzpolitik an den Rande dessen, was überhaupt von den Verantwortlichen vor Ort aufgewendet werden kann. Daher dürften die staatlichen Mehrausgaben nicht nur erwünschte Mengen-, sondern auch unerwünschte Preiseffekte nach sich ziehen.

Privater Konsum: Unternehmen und Staat fangen Einkommensausfälle ab

Die privaten Konsumausgaben erweisen sich als stabilisierender Faktor bezogen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (Abbildung 7). Zwar sinkt 2009 das Volkseinkommen pro Kopf gegenüber dem Vorjahr um 1250 Euro, das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte steigt indes sogar um knapp ein Prozent. Ein Großteil dieser Differenz wird durch die bei den Kapitalgesellschaften verbleibenden Gewinnminderungen abgepuffert. Die Masseneinkommen – bestehend aus Nettolöhnen und Transfereinkommen – legen sogar um zwei Prozent zu, während die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte um knapp drei Prozent sinken. Bei einer sehr niedrigen Teuerungsrate von 0,2 Prozent nimmt damit die Kaufkraft der privaten Haushalte im Krisenjahr 2009 um fast ein Prozent zu. Im kommenden Jahr fällt der Bremseffekt der Unternehmens- und Vermögenseinkommen weg, da die aufgestaute Produktivitätsreserven durch Entlassungen nach und nach abgebaut werden und so auch die Kostenbelastung der Unternehmen sinkt. Bei weiterhin kräftig expandierenden monetären Sozialleistungen und sinkender Abgabenbelastung steigen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um knapp zwei Prozent. Der nur geringe Anstieg der

Verbraucherpreise – die Inflationsrate liegt im Jahresdurchschnitt bei knapp einem halben Prozent – verbessert sich die Realeinkommenssituation der privaten Haushalte abermals.

Allerdings ist aufgrund der sich zunehmend verschlechternden Arbeitsmarktlage – die Erwerbslosigkeit nimmt im Prognosezeitraum Monat für Monat um durchschnittlich 50 000 Personen zu – mit keinem spürbaren Rückgang der Sparquote zu rechnen, die mit Werten von 11,4 Prozent (2009) ein Niveau erreicht, das zuletzt Anfang der 1990er Jahre beobachtet wurde. Hieraus ergibt sich insgesamt in beiden Jahren ein Zuwachs der privaten Konsumnachfrage um knapp ein Prozent, der damit maßgeblich zur Stabilisierung der Binnenkonjunktur beiträgt.

Frankreich bleibt das Schlimmste erspart²

Obwohl die französische Wirtschaft vom Außenhandel weniger stark abhängig ist als Deutschland, befindet sie sich derzeit in der Rezession. Das hat zum einen mit dem Vertrauensverlust der Haushalte und Unternehmen zu tun, zum anderen aber auch mit den erschwerten Bedingungen bei der Kreditaufnahme. Die Interventionen der europäischen Staaten, die darauf abzielten den Finanzsektor zu unterstützen und das Wachstum zu stabilisieren, haben eine Normalisierung der Finanzierungsbedingungen begünstigt und die Nachfrage, insbesondere im Automobilsektor, angekurbelt. Diese Maßnahmen erklären zwar die Wiederbelebung der französischen Wirtschaft und den Anstieg des BIP um 0,3 Prozent im zweiten Quartal 2009, dennoch werden sie für eine nachhaltige Erholung der Wirtschaft nicht ausreichen und auch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht verhindern können. So wird das BIP im Jahr 2010 voraussichtlich um nur 0,8 Prozent wachsen und die Arbeitslosenquote die zehn Prozent Marke übersteigen (Tabelle 1).

Zaghafte Binnennachfrage

Durch die Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen sowie den Vertrauensverlust der

Haushalte und Firmen ist die Binnennachfrage abgeschwächt worden. Seit Beginn der Krise im Juni 2008 sind die Bruttoanlageninvestition um insgesamt über acht Prozent Punkte gesunken. Die verschärften Bedingungen bei der Kreditaufnahme sowie der Abschwung am Immobilienmarkt wirken sich besonders auf die Investitionsbedingungen der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und der privaten Haushalte aus (Abbildung 8). Seitens der Unternehmen dürfte sich daher die Kapazitätsanpassung auch im Jahr 2010 fortsetzen. Insbesondere für schwächer aufgestellte Unternehmen bleibt der Zugang zu einer bankengestützten Finanzierung oder einer Finanzierung über den Markt trotz der Zinssenkungen eingeschränkt. Außerdem müssten sich die nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften um eine Rückführung ihrer Verschuldung bemühen, die im ersten Quartal 2009 ein Niveau von 210 Prozent ihrer Bruttowertschöpfung erreicht hat. Des Weiteren hat die Krise große ungenutzte Produktionskapazitäten hinterlassen. So ist der Wert der genutzten Produktionsmöglichkeiten zwischen dem dritten Quartal 2008 und dem zweiten Quartal 2009 um zwölf Prozentpunkte gefallen und hat damit die Unternehmen dazu ermutigt, ihre Investitionsvorhaben zu vertagen. Unter diesen Bedingungen wird der Rückgang der Anlageinvestitionen nach einem Absinken von 7,4 Prozent im Jahr 2009 noch immer 4,4 Prozent im Jahr 2010 betragen.

Wie auch in Deutschland ist das Konsumverhalten der Haushalte beständig geblieben (Abbildung 7). Obwohl wahrscheinlich die Kapitalverluste und der schnelle Anstieg der Arbeitslosigkeit das Sparverhalten auf Kosten des Konsums begünstigt haben, ist die Kaufkraft der Privathaushalte durch das Anwachsen der Sozialleistungen und die geringere Inflation gestärkt worden. Dennoch würde ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit entscheidend dazu beitragen, dass die Haushalte ihren Konsum einschränken und stattdessen vorsichtshalber mehr sparen würden. Die Sparquote würde so von 15,3 Prozent des verfügbaren Bruttoeinkommens im Jahr 2008 auf 16,8 Prozent im Jahr 2010 steigen. Die jährliche Wachstumsrate, die den Konsum der Haushalte bemisst, wäre damit im Jahr 2010 (+ 0,6 Prozent) kaum höher als im Vorjahr 2009 (+ 0,5 Prozent).

Die weltweite Krise des Industriesektors

Die Krise hat sich nach und nach zu einer industriellen Krise gewandelt. Der unter den erschwerten Finanzierungsbedingungen erwartete Rückgang der Nachfrage hat dazu geführt, dass im industriellen Sektor die Produktion gedrosselt und die Lagerbestände drastisch zurückgeführt wurden. Die Abnahme der industriellen Produktion betrug im April 2009 18,9 Prozent und konnte sich auch erst anschließend wieder leicht erholen. Die Entwicklungen in der Automobilbranche (Abbildung 9) – einem Sektor, der besonders empfindlich auf Veränderungen der Nachfrage und der Finanzierungsbedingungen reagiert – und zu einem geringeren Maße auch im Produktionsgütersektor verschlechterten sich hingegen. Durch den Anstieg des Erdölpreises, der im Sommer 2008 seinen Höchststand erreicht hatte, waren diese beiden Sektoren ohnehin bereits unter Druck. Die Produktion im Automobilsektor ist somit zwischen März 2008 und März 2009 um 41 Prozent und im Produktionsgütersektor um 19 Prozent rückläufig gewesen.

Die starke internationale Verquickung der Produktionsabläufe hat zu einem beispiellosen Einbruch des Welthandels geführt. Auf das Jahr hochgerechnet sind die weltweiten Einfuhren um 16,7 Prozent am Ende des ersten Quartals 2009 gesunken. Die Auswirkungen der Krise haben sich über den Außenhandel verstärkt und die französischen Ausfuhren zum Einsturz gebracht (Abbildung 3). Vor der wirtschaftlichen Erholung, die im zweiten Quartal 2009 einsetzte, sind die Ausfuhren der Automobil- und der Produktionsgüterindustrie um 44,2 Prozent beziehungsweise 23,4 Prozent seit Anfang der Rezession gesunken. Besonders hoch waren diese Rückgänge im vierten Quartal 2008 sowie im ersten Quartal 2009, als die Finanzmärkte fast vollständig blockiert waren und der Welthandel massiv zurückging. Seither lässt sich in beiden Bereichen eine Wiederbelebung der Wirtschaftsleistung beobachten. In der Folge haben sie mit einem Exportzuwachs von 11,5 Prozent maßgeblich zum Wachstum der gesamten Güterausfuhren beigetragen.

Seit März 2009 hat die Zahl der Fahrzeugneuzulassungen in der EU der Fünfzehn wieder deutlich zugenommen. In zahlreichen Ländern, darunter

auch in Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien, hat die Einführung einer Abwrackprämie den Markt bestärken können. Von den genannten Maßnahmen haben in der wirtschaftlich angespannten Lage besonders die auf das Segment der Mittelklassewagen spezialisierten französischen Automobilkonstrukteure profitiert. Die schrittweise Aufzehrung bzw. der völlige Stopp der Verschrotungsprämien dürften jedoch dazu führen, dass dem Automobilsektor im Jahr 2010 eine wichtige Unterstützungsmaßnahme fehlen wird. Das wiederum könnte Folgewirkungen für die französischen Ausfuhren haben. Dennoch könnten sie im Jahr 2010 wieder um 5,3 Prozent steigen und nach einem zu erwartenden Rückgang um 10,3 Prozent im Jahr 2009 auf eine positivere Entwicklung hindeuten. Aufgrund einer gleichgerichteten Importentwicklung wirkt der Außenhandel jedoch insgesamt neutral auf das Wachstum im Jahr 2010.

Mit einem zu erwartenden Rückgang des BIP um 2,1 Prozent wird sich Frankreich im Jahr 2009 in der tiefsten Rezession seit 1945 befinden. Diese ergibt sich erstens (Tabelle 2) aus den Lagererräumungen (- 1,1 Prozentpunkte), zweitens aus der Reduzierung der Binnennachfrage (- 0,7 Prozent) und drittens aus den negativen Effekten des Außenhandels (- 0,3 Prozent). Trotz der Wiederbelebung im zweiten Quartal, werden die negativen Tendenzen im Jahr 2010 bestehen bleiben. Das zu erwartende Wachstum von 0,8 Prozent wird ausschließlich auf die positiven Effekte des Lagerbestandes zurückzuführen sein.

Die Arbeitsmarktsituation: Der Anpassungsprozess setzt sich fort

Es ließ sich nicht vermeiden, dass sich die schlechten wirtschaftlichen Ergebnisse auch auf die Arbeitsmarktsituation auswirkten. Allein während des ersten Quartals 2009 wurden zuzüglich zu den 80 000 Arbeitsplätzen, die in den letzten 6 Monaten des Jahres 2008 verloren gingen, 285 000 Arbeitsplätze abgebaut. Im Vergleich zum Jahresanfang 2008 ist die Arbeitslosenquote von 7,2 Prozent auf 9,1 Prozent gestiegen. Diese Erhöhung wäre noch sehr viel deutlicher ausgefallen, wenn die Unternehmen nicht zuerst ihr Volumen an Überstunden reduziert hätten und zur Teilzeitarbeit

übergegangen wären, von der im zweiten Quartal 2009 etwa 319 000 Personen betroffen waren. Demzufolge sind bis jetzt vor allem die Personen mit einem besonders prekären Berufsstatus vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen, also geringfügig Beschäftigte und Personen mit befristetem Arbeitsverhältnis. Der Unterschied zwischen der Beschäftigungsquote und der Wirtschaftsleistung führt zu einem starken Rückgang der Produktivität, welche sich jedoch bei einem wirtschaftlichen Aufschwung schnell wieder auf einem höheren Niveau einpendeln würde. Die Angleichung der Beschäftigungsquote ist also demnach zeitversetzt und führt dazu, dass sich der Abbau der Arbeitsplätze im Jahr 2010 fortsetzen wird. Bis zum Ende des Jahres 2010 wird die Arbeitslosenquote voraussichtlich einen Wert von fast 10,5 Prozent erreicht haben.

Ein zu zaghaftes Konjunkturprogramm

Die französische Regierung hat, wie bei der Unterstützung des Finanzsektors, Maßnahmen zur Bekämpfung der Rezession eingeleitet. Die Grundlage dafür wurde zuerst auf EU-Ebene geschaffen, wo man sich auf ein 200 Milliarden Euro Rettungspaket (1,5 Prozent des BIP) für die gesamte Union einigte. Abgesehen von der prinzipiellen Einigung über die Notwendigkeit eines Rettungsplans wurden den Regierungsvertretern weder zwingende Vorgaben gemacht noch Empfehlungen hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung der Programme gegeben. Der in Frankreich im Dezember 2008 verabschiedete Rettungsplan belief sich auf eine Summe von 26 Milliarden Euro,³ was 1,3 Prozent des französischen BIP entspricht. Der Plan erscheint damit deutlich weniger ehrgeizig zu sein als das deutsche und das amerikanische Konjunkturprogramm, die sich auf 3,5 Prozent beziehungsweise auf 5,6 Prozent des BIP beliefen.

Ein wichtiger Teil des Rettungsplans (11,4 Milliarden Euro) umfasst Maßnahmen zur Unterstützung der Unternehmensfinanzierung. Auch wenn diese Maßnahmen im volkswirtschaftlichen Sinne keine Staatsausgaben sind, so spielen sie doch eine bedeutende Rolle zur Unterstützung der Handlungsfähigkeit der in Schwierigkeiten geratenen Unternehmen. Diese hatten aufgrund der erschwerten Kreditaufgaben erhebliche Liqui-

ditätsprobleme. Der zweite Einzelposten des Programms beläuft sich auf 10,4 Milliarden Euro und fördert die öffentlichen Investitionen. Die positive Wirkung dieses zweiten Postens könnte mit 0,1 Prozent bis 0,3 Prozent des BIP zum Wachstum im Jahr 2009 beitragen – abhängig davon, ob eine ähnliche Maßnahme auch in den übrigen europäischen Staaten zum Einsatz kommen wird. Die Regierung hat außerdem 2 Milliarden Euro Hilfen aufgebracht, um die Sektoren zu unterstützen, die unter der Krise besonders stark gelitten haben: Die Immobilienbranche und die Automobilindustrie. Mittels dieser Finanzspritze wurde die Verschrottungsprämie finanziert. Schließlich wurden weitere 2 Milliarden Euro für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Verfügung gestellt.

Insgesamt könnte das Konjunkturprogramm im Jahr 2009 in Höhe von 0,7 Prozent positiv BIP-wirksam sein. Auch wenn ein noch stärkeres finanzpolitisches Eingreifen die Folgen der Krise besser hätte lindern können, so ist doch zu beachten, dass der haushaltspolitische Handlungsspielraum der Regierung begrenzt ist. So hatte sie bereits im Jahr 2007 eine erste steuerpolitische Wiederbelebung der Wirtschaft beschlossen und Überstundenarbeit steuerlich entlastet. Das Wachstum resultiert dabei nicht nur aus den haushaltspolitischen Ankurbelungsmaßnahmen, sondern zu einem großen Teil auch auf den Mechanismen der automatischen Stabilisierung, über die sich die Steuereinnahmen und die Haushaltsausgaben an die Konjunktur anpassen.

Die Wirtschaftsmodelle im Vergleich

Das deutsche »Exportmodell«: Anlass für eine neue Wirtschaftspolitik nach der Krise?

Die stark ausgeprägte Exportorientierung wirft im Zuge der gegenwärtigen Krise die Frage auf, ob das deutsche Wirtschaftsmodell insgesamt tragfähig ist. Immerhin muss Deutschland (ähnlich wie Japan) in diesem Jahr einen Wachstumseinbruch hinnehmen, der voraussichtlich mehr als doppelt so hoch ausfällt als in den USA, dem Ausgangsland der Finanzkrise. Angesichts der Konzentration des Nachfrageausfalls auf Investitionsgüter – der

Investitionsgüteranteil der Exporte beläuft sich auf über vierzig Prozent – werden die verschiedenen Wirtschaftszweige in diesem Jahr entsprechend unterschiedlich stark getroffen. Gemessen an den Produktionsausfällen zählen gegenwärtig vor allem der Maschinen- und Fahrzeugbau, die Elektroindustrie sowie die Metallverarbeitung zu den Problemzonen der deutschen Volkswirtschaft, also diejenigen investitionsgüterorientierten Bereiche, die im Exportgeschäft typischerweise besonders erfolgreich sind.

Die nationale Wirtschaftspolitik ist gegen die Ursachen der gegenwärtigen Krise, die – mit Ausnahme Chinas – durch einen weltweit nahezu simultanen Einbruch der Investitionstätigkeit gekennzeichnet ist, weitgehend machtlos. Zwar kann die Finanzpolitik durch Hinnahme höherer staatlicher Budgetdefizite die Einkommensausfälle der privaten Haushalte eindämmen und so ein Überspringen der Exporteinbrüche auf die private Konsumnachfrage weitgehend verhindern. Dies geschieht in Deutschland: Die öffentlichen Haushaltsdefizite steigen auf 3,1 (2009) und 4,9 (2010) Prozent des Bruttoinlandsprodukts, wozu vor allem steigende Sozialleistungen einerseits und Steuerausfälle andererseits beitragen. Darüber hinaus erhöht der Staat im Zuge des zweiten Konjunkturpaketes massiv seine Bauinvestitionen. Den von der Krise am stärksten betroffenen Branchen ist damit aber kaum geholfen, weil diejenigen Teile der Nachfrage, die der Staat neben seinen eigenen Verbrauchsausgaben eher beeinflussen kann (private Konsumausgaben bzw. öffentliche Bautätigkeit), in den investitionsgüterorientierten Krisenbranchen nur einen geringen Produktionsimpuls hervorrufen. Eine Erhöhung der privaten Konsumausgaben belebt vor allem die Dienstleistungsbranchen. Die industriellen Spillovers verstärkter Bautätigkeit jenseits der Bauwirtschaft sind ebenfalls gering.

Die derzeitig begrenzten Möglichkeiten der wirtschaftspolitischen Krisenbekämpfung muss das exportorientierte Wirtschaftsmodell Deutschlands jedoch noch nicht in Frage stellen: Zum einen ist nicht diejenige Wirtschaftsstruktur am geeignetsten, die sich in Krisenzeiten besonders leicht staatlich stützen lässt, zum anderen sind die jüngsten Erschütterungen der Weltwirtschaft außer-

gewöhnlich und nicht die Regel. Den derzeitigen Wachstumsverlusten müssten daher die Wohlfahrtsgewinne gegengerechnet werden, die offene, international arbeitsteilig organisierte Volkswirtschaften realisieren können.

Produktionsstrukturen können nur allmählich an Nachfrageänderungen angepasst werden. Insofern muss die Wirtschaftspolitik die sektorale Struktur kurzfristig als gegeben hinnehmen und für die Wahl der von der Wirtschaftsstruktur abhängigen Instrumente eine mittlere Frist in den Blick nehmen. Wir können davon ausgehen, dass die Produktpalette der traditionell starken deutschen Exportwirtschaft nach der Bewältigung der derzeitigen Krise weiterhin gefragt sein wird, wofür angesichts des Aufholprozesses großer Teile der Weltwirtschaft vieles spricht. So sind solche Maßnahmen sinnvoll, die die Produktionsfähigkeit der Unternehmen stärken – also den bisherigen Sach- und Humankapitalstock vor vorschnellen Desinvestitionen schützen. Die staatlich geförderte Kurzarbeit war hierfür ein wichtiges und richtiges Instrument. Der Aufbau eines 115 Milliarden Euro schweren sogenannten »Deutschlandfonds« für Kredite und Bürgschaften an Produktionsunternehmen zielt zwar in dieselbe Richtung, jedoch gerät der Staat hier schnell an die Grenzen des wirtschaftspolitisch möglichen: Er wäre schlicht überfordert zu entscheiden, welche Unternehmen grundsätzlich überlebensfähig (und damit kredit- oder bürgschaftswürdig) sind und welche nicht. Das Beispiel der Opel-Rettungsversuche zeigt, wie schnell der Staat in ordnungspolitisch nicht zu rechtfertigende industriepolitische Interventionen hineingezogen wird.

Der hohe Offenheitsgrad der deutschen Volkswirtschaft ist außerhalb von globalen Wirtschaftskrisen grundsätzlich kein Problem – im Gegenteil. Eine andere Frage ist aber, ob die deutschen Exportüberschüsse dauerhaft in die weltwirtschaftliche Landschaft passen. Diese Überschüsse müssten sogar von Jahr zu Jahr weiter zunehmen, wenn der Außenhandel als nachfrageseitiger Wachstumsmotor wirken soll. Für ein hochkapitalisiertes Land sind Außenhandelsüberschüsse (und somit Nettokapitalexporte) nicht per se unverträglich. Die ökonomische Theorie legt es nahe, dass hochkapitalisierte Länder tendenziell Kapital exportieren und zwar

in diejenigen Länder, deren Pro-Kopf-Kapitalausstattung auf einem deutlich niedrigeren Niveau liegt. Bei freiem Kapitalverkehr sollten entsprechende Renditesignale die entsprechenden Kapital- und Güterströme in Gang setzen. Steigende Überschüsse mit Osteuropa und den aufholenden Volkswirtschaften in Asien wären somit grundsätzlich vereinbar mit einer gedeihlichen weltwirtschaftlichen Entwicklung. Jedoch sind auch die deutschen Überschüsse in die Partnerländer der Eurozone seit dem Jahr 2000 deutlich gestiegen (Abbildung 10), was von einer kontinuierlichen Verbesserung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit begleitet war. Die deutsche Lohnstückkostenentwicklung liegt seit etwa einem Jahrzehnt deutlich unter dem Vergleichswert der Eurozone. Während die Lohnstückkosten in Deutschland im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2007 praktisch stagnierten (jährlicher Rückgang um 0,2 Prozent), stiegen sie in der übrigen Eurozone (ohne Deutschland) jedes Jahr durchschnittlich um 2,2 Prozent. Bei einem mittelfristigen Inflationsziel der EZB von knapp zwei Prozent liegt der lohnpolitische Annäherungsbedarf stärker auf der Seite der deutschen Volkswirtschaft als bei den übrigen europäischen Partnerländern, womit sich tendenziell die innerhalb der EWU aufgelaufenen Leistungsbilanzungleichgewichte abbauen würden. Die jüngsten Lohnstückkostenanstiege in Deutschland sind noch keine Bewegung in diese Richtung. Hinter dem drastischen Anstieg um über vier Prozent in diesem Jahr stehen in erster Linie Kosten der innerbetrieblichen Arbeitslosigkeit. Hierbei handelt es sich um eine versteckte Produktivitätsreserve, die voraussichtlich nach und nach durch Entlassungen bzw. unterlassene Neueinstellungen behoben wird.

Zu einer Rückführung von Exportüberschüssen würde neben der innereuropäischen Rejustierung der preislichen Wettbewerbsfähigkeiten auch eine Erhöhung der Importe durch eine Stärkung der deutschen Binnennachfrage beitragen. Die Spielräume direkter staatlicher Einflussnahme sind hierfür indes begrenzt. Einer breit angelegten Strategie zur Ankurbelung des privaten Verbrauchs steht das derzeitige rentenpolitische Ziel entgegen, die private Ersparnis zur Altersvorsorge zu fördern. Im privaten Sektor kommen unter diesen Bedingungen nur zusätzliche Investitionen als Nachfragequelle

in Frage. Eine Ausweitung der Unternehmensinvestitionen (Ausrüstungen und Wirtschaftsbau) setzt jedoch einen Wiederanstieg der Auslastung der bestehenden Sachkapazitäten voraus. Sie sind somit eher Folge als Auslöser steigender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage. Die direkte staatliche Nachfragesteigerung sieht sich in den kommenden Jahren einem verstärkten Konsolidierungsdruck der öffentlichen Haushalte ausgesetzt.

Eine aufgrund von öffentlichen Verschuldungsregeln reduzierte gesamtwirtschaftliche Drosselung der Ausgabentätigkeit ist allerdings makroökonomisch wie auch allokativ kontraproduktiv, da insbesondere der Ausbau der Infrastruktur unabhängig von der Kassenlage der Gebietskörperschaften erfolgen sollte. Ähnliches gilt für andere bislang in staatlicher Regie vorgenommene Güterbereitstellungen (z. B. große Teile des akademischen Bildungssektors). Eine Lösung könnte hier darin bestehen, von einer finanzwissenschaftlich ohnehin kaum begründbaren Steuerfinanzierung auf Gebühren- und Beitragsmodelle umzuschwenken und entsprechende Agenturen (z. B. Autobahnnetzagenturen und Hochschulen) aus dem staatlichen Budgets auszugliedern. Diese Einrichtungen stehen dann zwar für antizyklische Investitionsprogramme nicht mehr zur Verfügung, da sie sich beim Kapazitätsaufbau an den abgeschätzten Zahlungsbereitschaften der Nutzer orientieren müssten. Führt deren azyklisches Investitionsverhalten jedoch insgesamt zu einem höheren Investitions- bzw. Produktionspfad (was angesichts der allseits beklagten Unterversorgung mit Infrastrukturgütern angenommen werden kann), so würde insgesamt die Binnennachfrage gestärkt und der Konjunkturzyklus tendenziell stabilisiert.

Warum hält Frankreich der Krise besser stand?

Dank der vorzeitigen Wiederbelebung der Wirtschaft gegen Ende des Jahres 2009, deuten die Wachstumsprognosen in Frankreich auf einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um knapp über zwei Prozent im Jahr 2009 hin. Trotzdem wird die Rezession in Frankreich aller Wahrscheinlichkeit nach weniger stark ausfallen als in den Nachbarländern, insbesondere in denen der Eurozone, wo der

Rückgang des BIP im Jahr 2009 voraussichtlich 3,5 Prozent überschreiten wird.

Frankreich wird von der Talfahrt des Welthandels auch weniger benachteiligt sein, weil es bedeutend weniger vom Außenhandel abhängig ist als Deutschland.⁴ Im Umkehrschluss heißt dies jedoch auch, dass Frankreich deutlich schwächer vom erwarteten Wiederaufschwung gegen Ende des Jahres profitieren wird. Trotz des Rückgangs der Bautätigkeiten ist der zu beobachtende Anpassungsvorgang im Baugewerbe nicht vergleichbar mit dem in Spanien. Außerdem sind die französischen Haushalte im Vergleich zu den Haushalten der Eurozone im Großen und Ganzen weniger hoch verschuldet, was sich wiederum positiv auf den Konsum auswirkt. Die geringere Verschuldung könnte ebenfalls dazu beigetragen haben, dass die Unternehmen ihre Investitionen besser aufrechterhalten haben als die der Eurozone. Während der Verschuldungssatz der Unternehmen für die gesamte Eurozone 63,8 Prozent des BIP beträgt, erreicht er in Frankreich hingegen nur 53,7 Prozent. Schließlich haben die Sozialausgaben in Frankreich eine abfedernde Wirkung und ermöglichen eine bessere Stabilisierung der Einkommen in Krisenperioden. Im Vergleich zu Deutschland sind die Sozialausgaben in Frankreich um 1,8 Prozent des BIP höher. Gegenüber Italien und Spanien beziffert sich der Unterschied sogar auf vier Prozent beziehungsweise neun Prozent des BIP. Neben dem Aspekt der Umverteilung sind die Sozialausgaben auch unter dem Gesichtspunkt der makroökonomischen Stabilisierung wichtig. Damit beweist das gelegentlich kritisierte französische Sozialmodell zum jetzigen Zeitpunkt seine Effektivität. Es sollte nicht mehr ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit gesehen werden, sondern als ein wesentlicher Bestandteil des Sozialvertrags, der mittels Umverteilung in Krisenzeiten Schutz gewährt.

Das Haushaltsdefizit müsste in Anbetracht des Rückgangs der Wirtschaftstätigkeit und der von der Regierung eingesetzten Maßnahmen zur Ankurbelung der Nachfrage sowie zur Unterstützung des Bankensystems stark ansteigen: um 8,3 Prozent des BIP im Jahr 2009 und um 8,7 Prozent des BIP im Jahr 2010. Auch wenn die Konsolidierungsfrage

noch nicht explizit gestellt wird, so ist sie doch früher oder später sowohl in Frankreich und auch auf EU-Ebene unausweichlich. Die Wiederherstellung der notwendigen finanzpolitischen Handlungsspielräume zur Bewältigung künftiger Krisen ist wichtig. Allerdings kommt es auch auf den Zeitplan und die konkreten Instrumente an. Eine vorschnelle Steuererhöhung wäre sehr gewagt und könnte ein aufkommendes Wachstum bereits im Keime ersticken. Dennoch sollte sie nicht ausgeschlossen werden, sondern dann vereinbart werden, wenn sich wieder ein solides Wachstum eingestellt hat und die Arbeitslosigkeit sinkt. Ebenso ist zu beachten, dass Maßnahmen, die das französische Sozialmodell in Frage stellen, letzten Endes die Effektivität der automatischen Stabilisatoren⁵ reduzieren könnten, und damit auch die Fähigkeit der französischen Wirtschaft, zukünftige konjunkturelle Schocks zu dämpfen. Die Instrumente zur Unterstützung der Haushalte und das umverteilende progressive Steuermodell sind ein wesentlicher Bestandteil der staatlichen Konjunkturstabilisierung. Der Spielraum zur Begrenzung des Haushaltsdefizits ist relativ begrenzt. Um zu vermeiden, dass die Wirtschaft aufs Neue in einer Rezession versinkt, ist es entscheidend, ihr nicht die notwendige Unterstützung zu entziehen. Auch wenn die Reduzierung des Defizits erfolgen muss, gibt es heute keinen Grund für eine verfrühte Initiative. Außerdem könnte die Krise die Gelegenheit bieten, über eine intensivere europäische Koordination im Bereich des Steuerwesens nachzudenken. Diese könnte die Mitgliedstaaten dazu veranlassen, in Zukunft auf einen schädlichen Wettbewerb zu verzichten und ein Besteuerungsmodell zu fördern, das dem Sozialmodell entspricht.

Vor- und Nachteile der Modelle

Deutschland und Frankreich haben im Laufe dieser Krise einen Teil ihrer Stärken und Schwächen offenbart. Die Spezialisierung der Bundesrepublik auf den Bereich des Außenhandels hat offensichtlich dazu beigetragen, einen anfänglich finanziellen Schock zu verstärken. Die Rezession ist damit viel tiefgreifender als in Frankreich. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt sieht hingegen in Deutschland besser aus. Der flächendeckendere Rückgriff auf die Kurzarbeit und andere arbeitszeitflexibilisierende Maßnahmen konnten bis jetzt deutlich effek-

tiver Arbeitsplätze schützen als dies in Frankreich der Fall gewesen ist. Die Vorteile in Bezug auf die Arbeitsplatzsituation dürften schrittweise abnehmen, insgesamt aber im Jahr 2010 bedeutend bleiben, denn die Arbeitslosenquote wird in Deutschland mit 9,2 Prozent deutlich niedriger ausfallen als in Frankreich (10,1 Prozent). Insgesamt kommt es darauf an, beschäftigungssichernde Maßnahmen zu stärken, ohne den notwendigen Strukturwandel in der Wirtschaft zu behindern. In beiden Ländern haben die automatischen Stabilisatoren und in einem geringeren Maße auch die diskretionären Konjunkturprogramme wesentlich dazu beigetragen, die Auswirkungen des Schocks auf den privaten Verbrauch zu mindern.

Der massive Rückgriff auf Haushaltsmittel führt – vor allem in Frankreich – zu einer drastischen Verschlechterung der haushaltspolitischen Situation. Damit stellt sich die Frage, wie man zu einem Haushaltsdefizit zurückkehren kann, das mit den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes vereinbar ist. Eine überstürzte Anpassung wäre kontraproduktiv, weil dadurch ein rasches Wiederanziehen des Wachstums gehemmt würde. Aus Sicht der Regierungen wäre dann zudem die Versuchung groß, vor allem die Ausgaben für öffentliche Investitionen zu kürzen. Dies hätte aber schädliche Auswirkungen auf die mittel- und langfristigen Wachstumsaussichten. Die derzeitige Krise bietet die Gelegenheit, die Debatte um die Haushaltsregeln wieder neu zu beleben und auf europäischer Ebene eine »Goldene Regel« einzuführen, wonach die Investitionsprogramme vom anvisierten maximalen Defizitwert ausgenommen würden. Außerdem sollte man einen schnelleren und deutlicheren Wiederanstieg der wirtschaftlichen Aktivitäten als jenen, den wir für das Jahresende 2009 prognostiziert haben, nicht ausschließen. Eine solche Entwicklung wäre sowohl für die Situation am Arbeitsmarkt als auch für die öffentliche Finanzlage sehr positiv.

Schließlich offenbart diese Krise, welches destabilisierende Potenzial von einer nicht regulierten Finanzwelt ausgehen kann. Es ist deshalb dringend notwendig, neue und effiziente Mechanismen einzusetzen, die eine erneute Finanzkrise verhindern. Es ist offensichtlich, dass die Wirksamkeit dieser

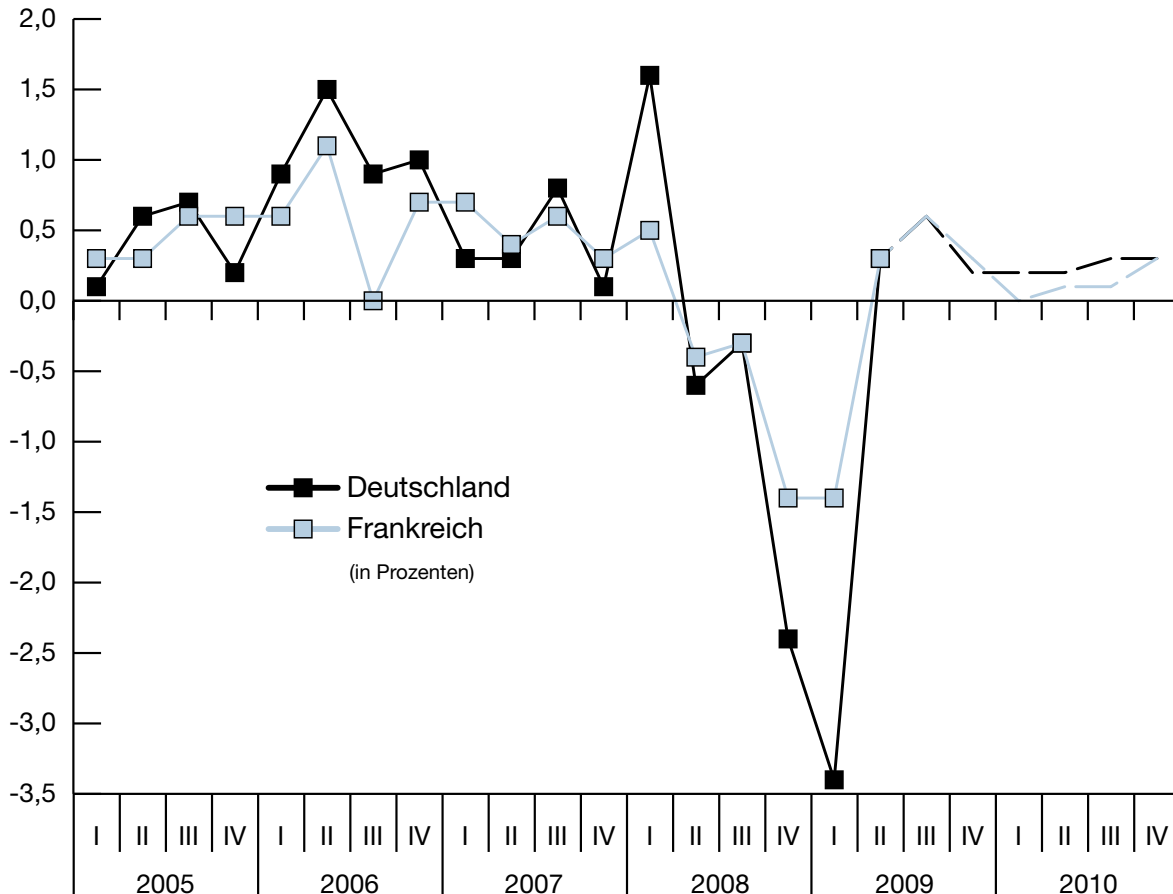
Maßnahmen davon abhängen wird, inwieweit eine Koordination auf internationaler Ebene erzielt werden kann. Dieses Argument darf der Untätigkeit aber keinen Vorwand liefern. Europa kann eine Vorreiterrolle spielen, indem es Vorschläge formuliert und die darin genannten Regulierungen auch verwirklicht. Die Fortschritte im Hinblick auf den Umgang mit exzessiven Bonuszahlungen und Steuerparadiesen sind bis heute unzureichend und bieten nicht die notwendigen Sicherheiten, um die Stabilität des Finanzsystems zu bewahren. Ebenso ist es unentbehrlich, einen Ordnungsrahmen zu entwerfen, innerhalb dessen der Konkurs eines Finanzmarktteilnehmers ohne Übertragungsrisiken (und damit auch

ohne Erpressungspotenzial gegenüber dem Gemeinwesen) abgewickelt werden kann. Diesbezüglich scheint jedoch der Trend eher auf Bankenzusammenschlüsse hinzudeuten. Die nach dem Prinzip »too big to fail« geschaffenen Akteure könnten letztlich zu einer Erhöhung der Systemrisiken führen.

Christophe Blot ist Wirtschaftsexperte in der Abteilung »Analyse und Prognose« am Zentrum für Wirtschaftsforschung der Sciences Po (OFCE) in Paris. Stefan Kooths ist Wissenschaftler am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin;
Übersetzung: Fabian Lange.

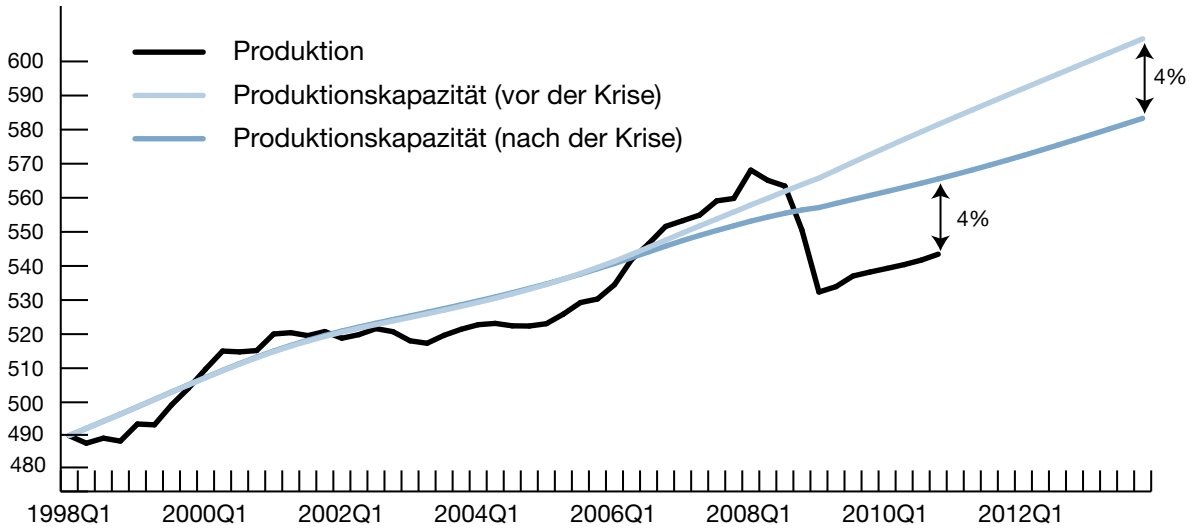
Anhang: Abbildungen, Tabellen und Anmerkungen

Abbildung 1: Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (in Prozent)



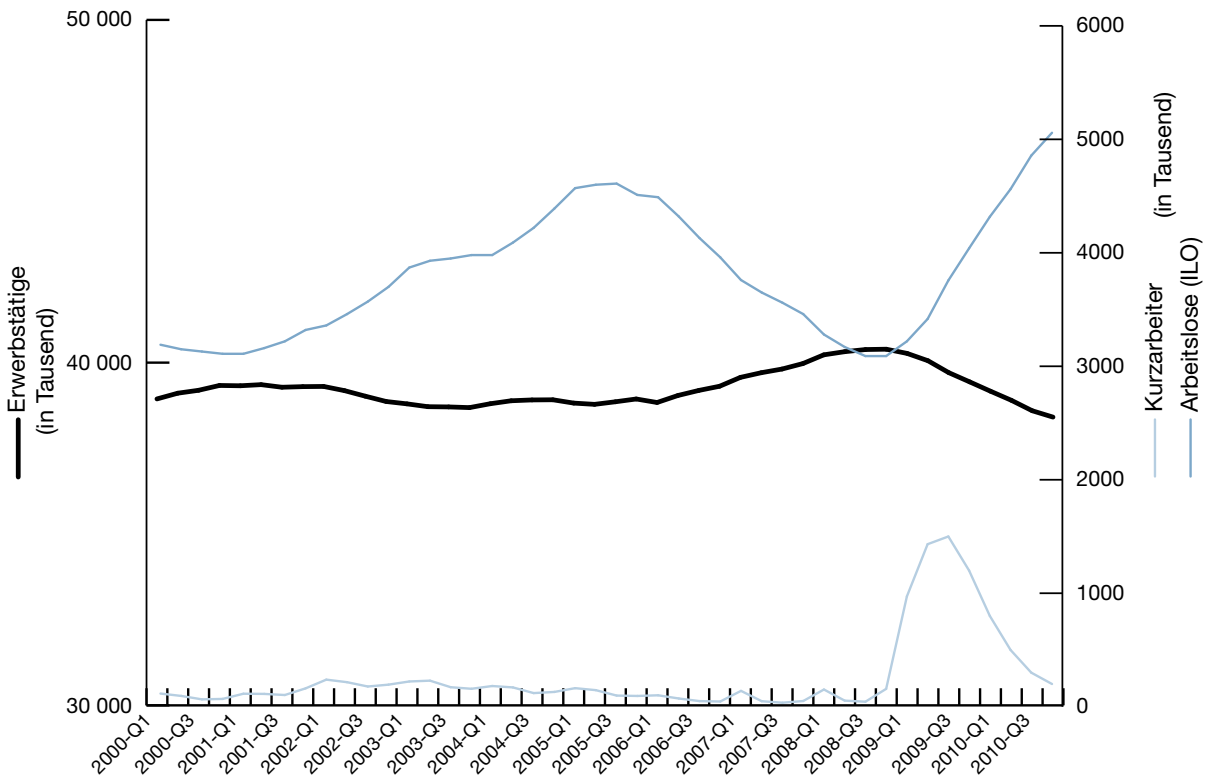
Quellen: Statistisches Bundesamt, INSEE, Prognosen DIW Berlin und OFCE.

Abbildung 2: Produktion und Kapazitätsentwicklung in Deutschland (in Mrd. Euro, preisbereinigt)



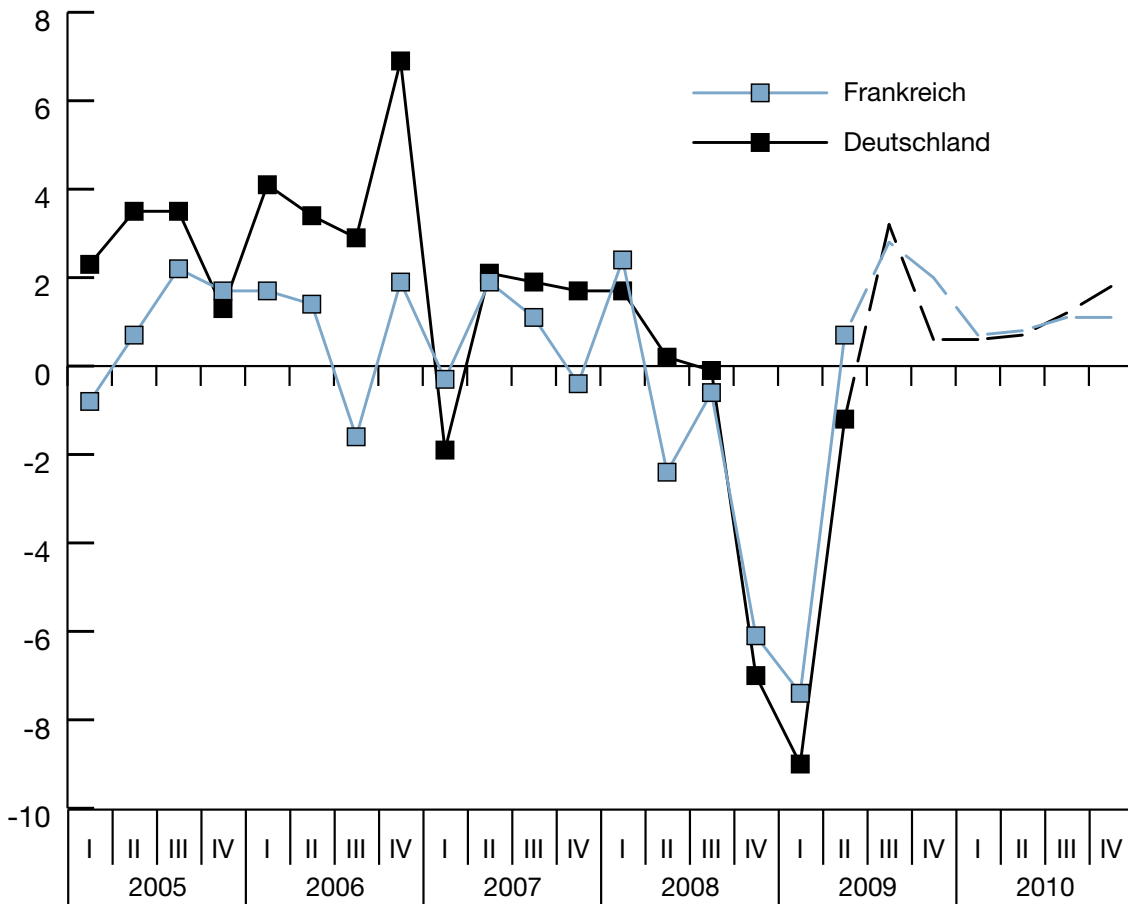
Quellen: Statistisches Bundesamt, Prognosen DIW Berlin.

Abbildung 3: Arbeitsmarkt in Deutschland (in tausend Personen)



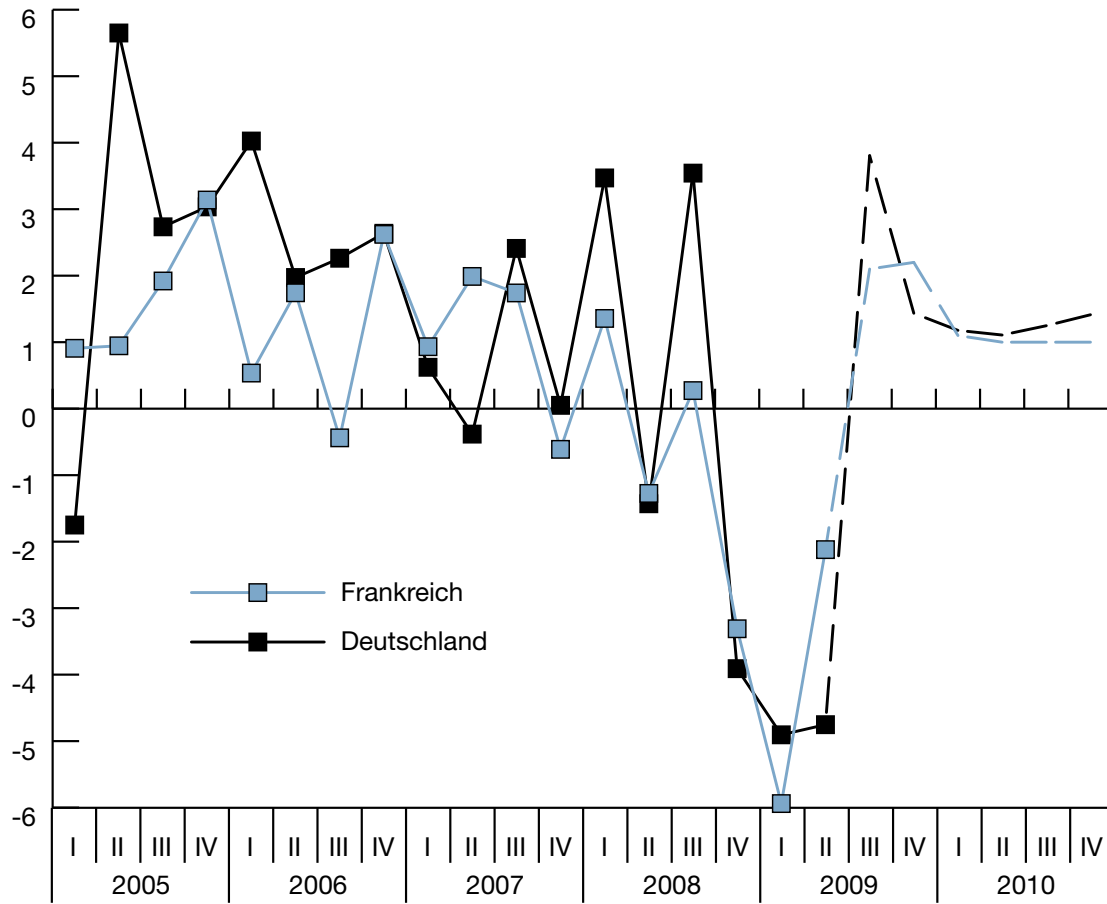
Quellen: Statistisches Bundesamt, Prognosen DIW Berlin.

Abbildung 4: Exportwachstum (in Prozent)



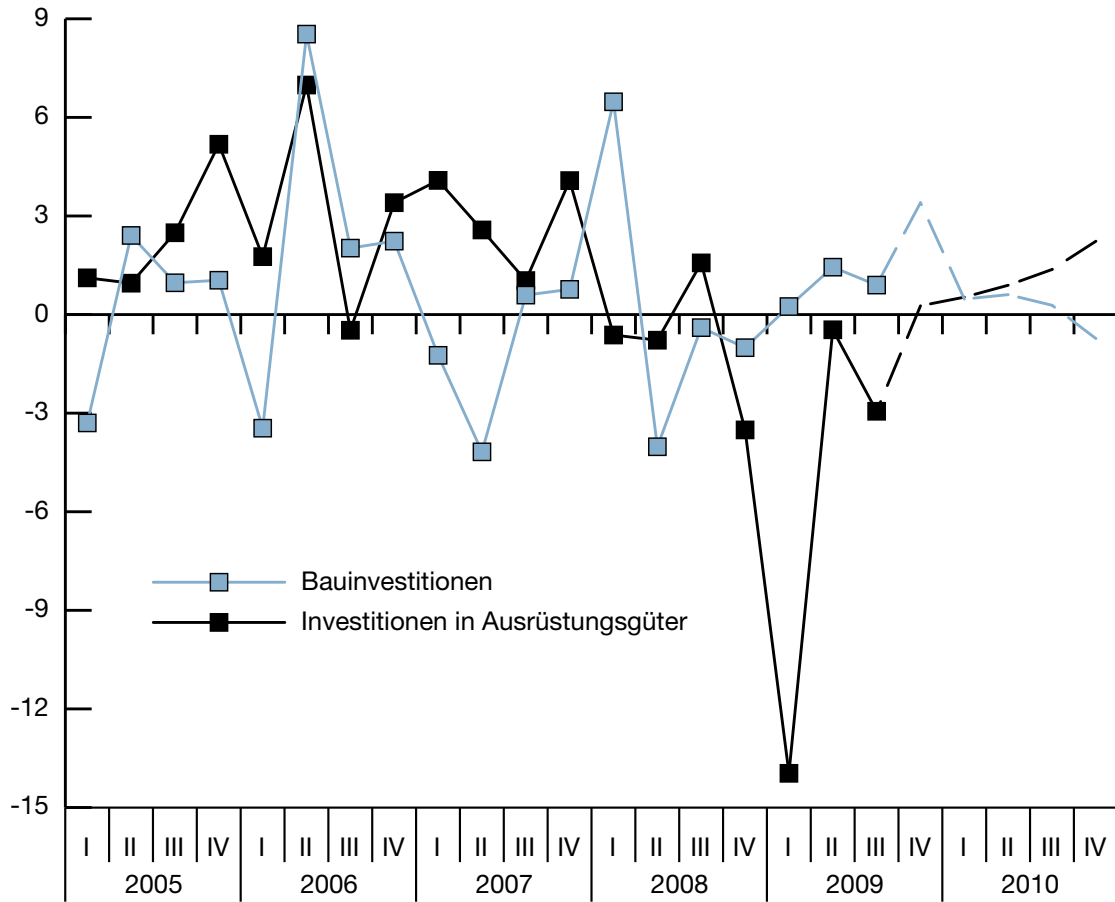
Quellen: Statistisches Bundesamt, INSEE, Prognosen DIW Berlin und OFCE.

Abbildung 5: Importwachstum (in Prozent)



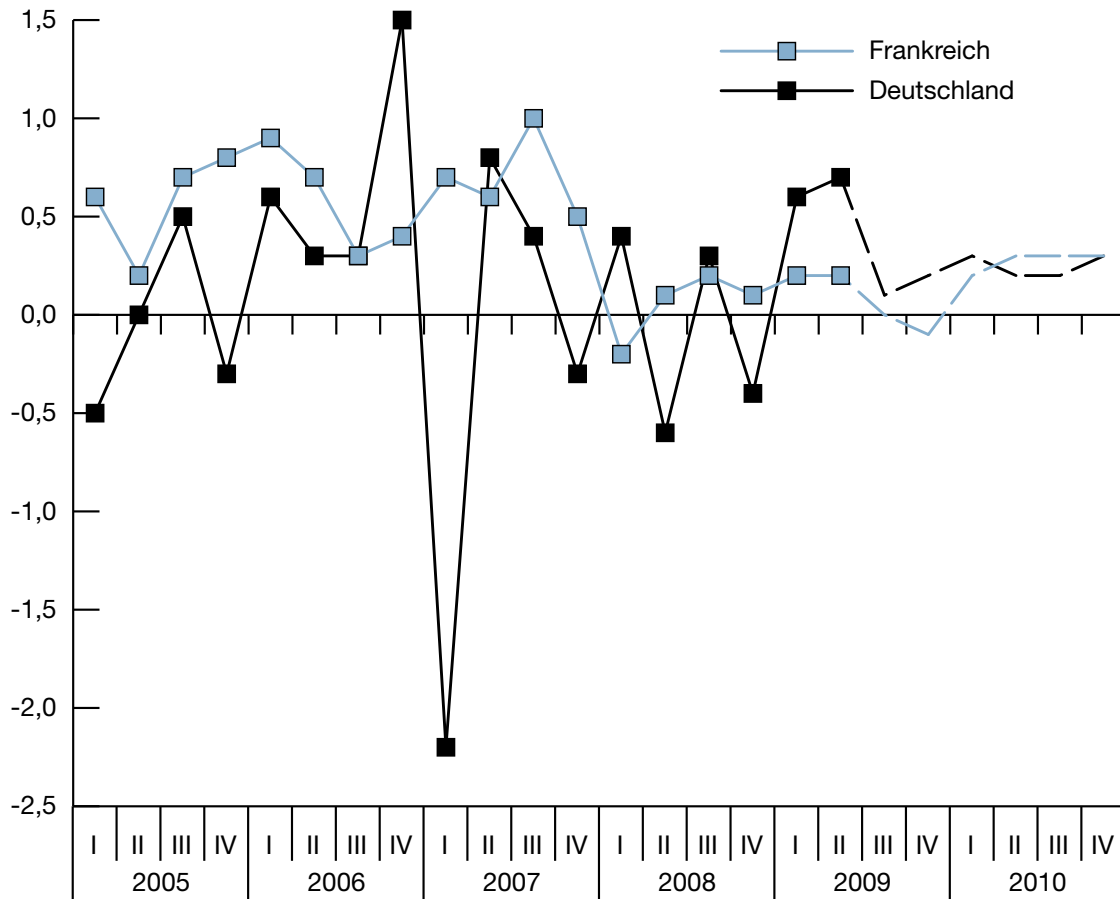
Quellen: Statistisches Bundesamt, INSEE, Prognosen DIW Berlin und OFCE.

Abbildung 6: Investitionswachstum in Deutschland (in Prozent)



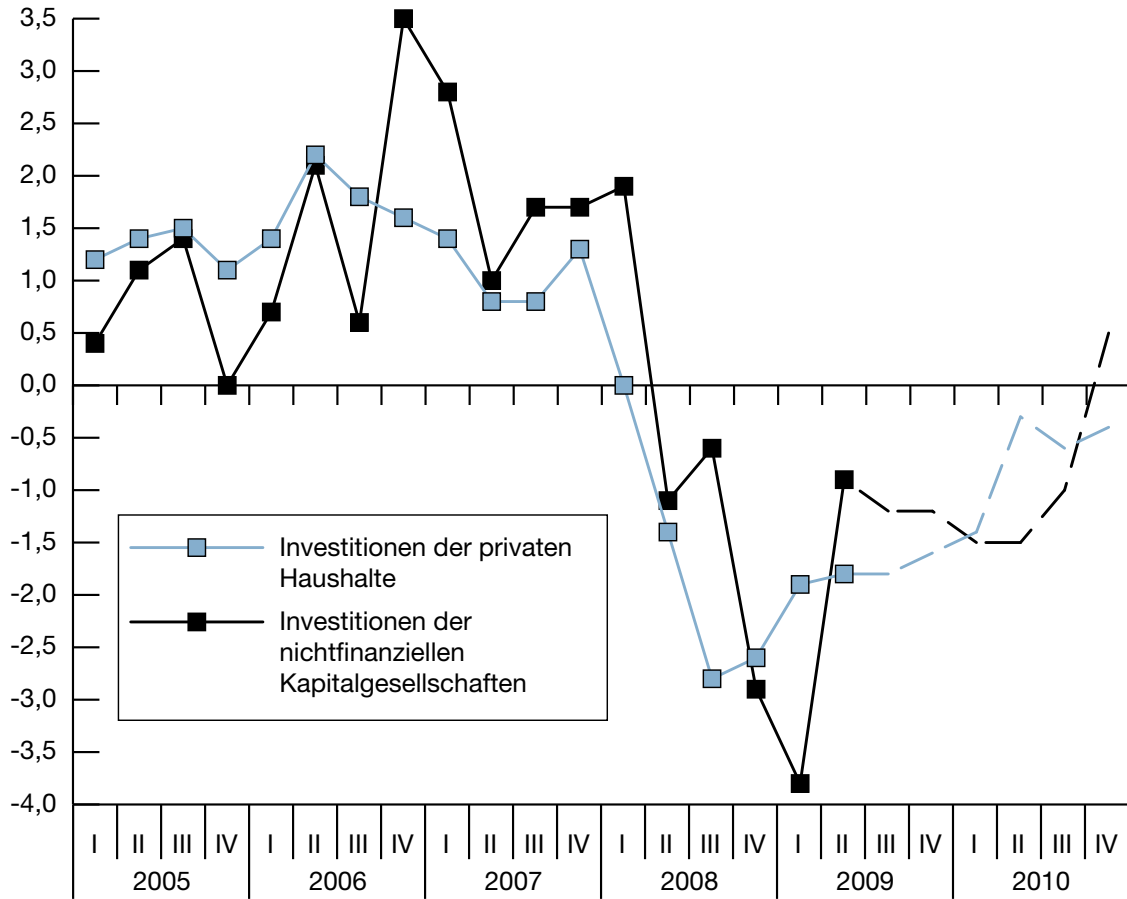
Quellen: Statistisches Bundesamt, Prognosen DIW Berlin.

Abbildung 7: Wachstum des privaten Verbrauchs (in Prozent)



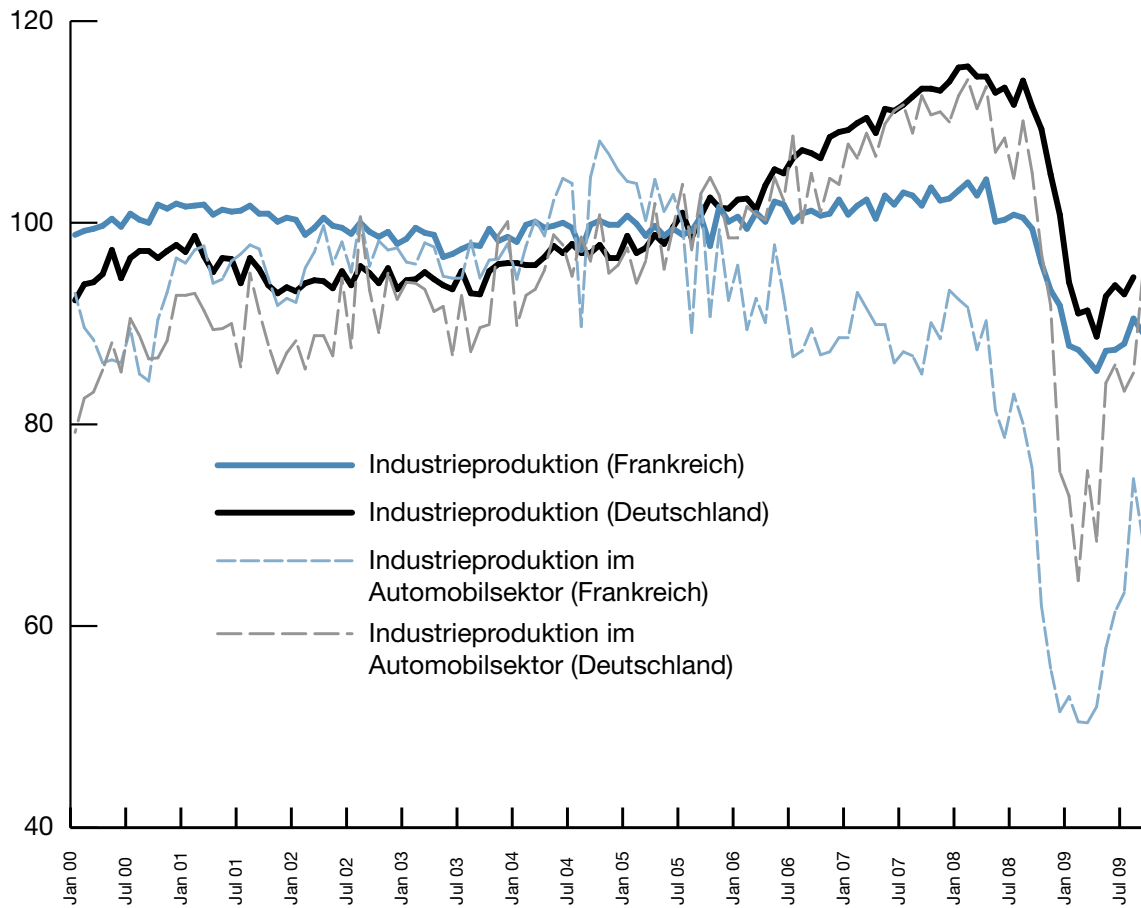
Quellen: Statistisches Bundesamt, INSEE, Prognosen DIW Berlin und OFCE.

Abbildung 8: Investitionswachstum in Frankreich (in Prozent)



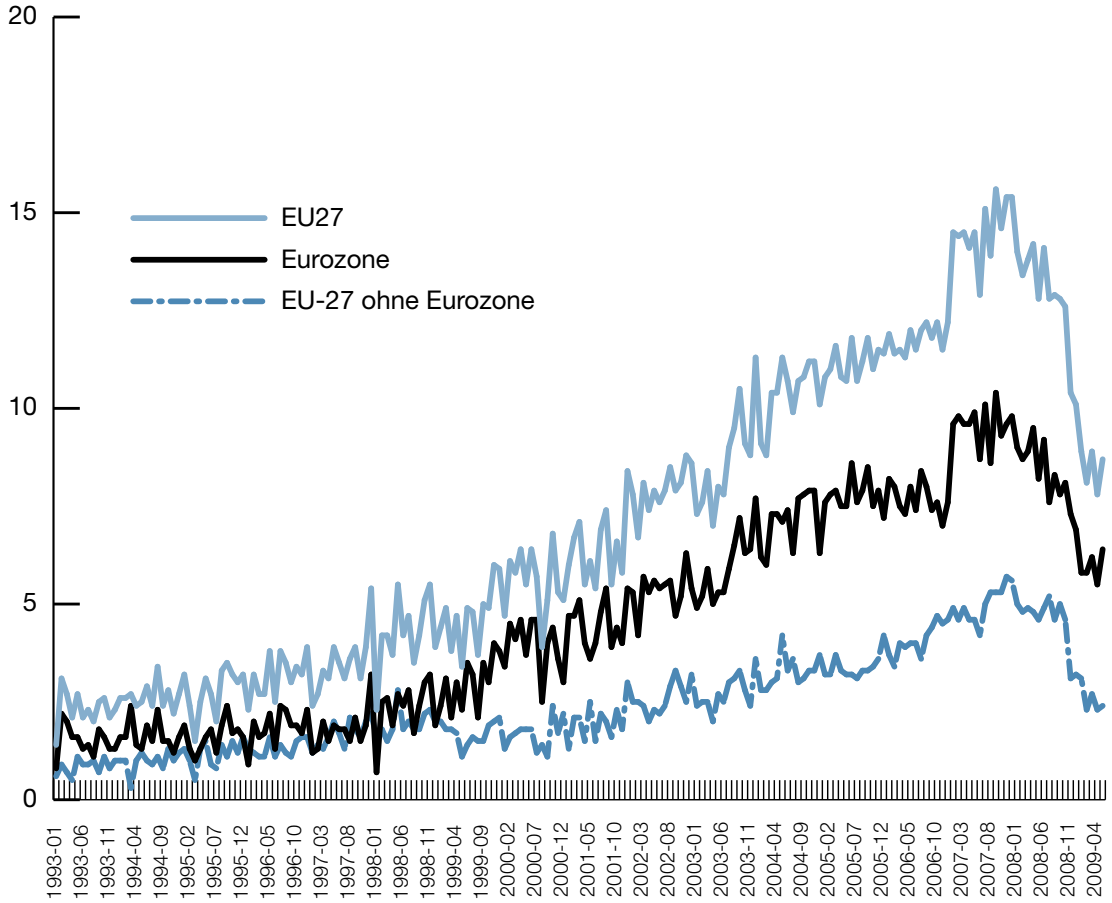
Quellen: INSEE, Prognosen OFCE.

Abbildung 9: Index der Industrie- und Automobilproduktion (2005 = 100)



Quellen: Statistisches Bundesamt, INSEE.

Abbildung 10: Außenhandelssalden Deutschlands (in Mrd. Euro)



Quellen: Deutsche Bundesbank, Berechnung DIW Berlin.

Tabelle 1: Eckdaten für Deutschland und Frankreich (in Prozent)

	Deutschland			Frankreich		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010
Bruttoinlandsprodukt	1,3	-5,1	1,3	0,3	-2,1	0,8
Importe	4,3	-8,5	4,7	0,6	-8,5	4,9
Privater Verbrauch	0,4	0,8	1,0	0,9	0,5	0,6
Staatskonsum	2,1	2,7	1,5	1,1	1,5	1,5
Bruttoanlageinvestitionen	3,1	-9,1	3,2	0,4	-6,6	-3,4
Exporte	2,9	-15,1	4,1	-0,6	-10,3	5,3
Vorratsveränderungen (Wachstumsbeitrag)	0,5	-0,6	-0,1	0,9	-0,8	0,0
Arbeitslosenquote	7,2	7,7	9,2	7,4	9,1	10,1

Quellen: Statistisches Bundesamt, INSEE, Prognosen DIW Berlin und OFCE.

Tabelle 2: Verwendungsseitige Wachstumsbeiträge

	Deutschland			Frankreich		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010
Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	1,3	-5,1	1,3	0,3	-2,1	0,8
Inlandsnachfrage (ohne Vorräte)	1,1	-0,8	1,4	0,2	-0,7	0,0
Außenhandel	-0,4	-3,7	-0,1	-0,4	-0,3	0,0
Vorratsveränderungen	0,5	-0,6	-0,1	-0,1	-1,1	0,8

Quellen : Statistisches Bundesamt, INSEE, Prognosen DIW Berlin und OFCE.

Anmerkungen

- 1 Zur Situation in Deutschland, Vgl. Herbstgrundlinien 2009: Leichte Erholung im nächsten Jahr, in: Wochenbericht des DIW Berlin 42/2009, <http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.341914.de/09-42-1.pdf>.
- 2 Diese Analyse stützt sich zum Teil auf: France: croissance précaire, in: La Revue de l'OFCE 111/2009, Oktober 2009.
- 3 Vgl. Mathieu Plane, Finances publiques : aux grands maux, les grands remèdes, in: Lettre de l'OFCE, Nr. 306, 29.1.2009, <<http://www.ofce.sciences-po.fr/pdf/lettres/306.pdf>>.
- 4 Der Anteil der französischen Exporte am BIP lag zwischen 2003 und 2008 unterhalb von dreißig Prozent, gegenüber 45 Prozent in Deutschland.
- 5 Vgl. Jérôme Creel und Francesco Saracen, Automatic Stabilisation, Discretionary Policy and the Stability Pact (Document de travail de l'OFCE, Nr. 2008-15), Juni 2008, <<http://www.ofce.sciences-po.fr/pdf/dtravail/WP2008-15.pdf>>.